

***61. Jahrestag der Bildung
des
Ministerium für Staatssicherheit der DDR***



„Stasi in die Produktion“

Es waren die in verschiedenen Städten der DDR im Herbst 1989 stattfindenden Demonstrationen gegen den Sozialismus, wenn sie sich auch, zumindest wurde das so von den Organisatoren behauptet, nicht gegen den Sozialismus, sondern nur gegen die DDR richteten, die mit Losungen auftraten " Stasi in die Produktion" oder „Stasi in die Volkswirtschaft“.

Diese und andere Losungen zeigten das Unvermögen dieser Demonstranten die Situation richtig einzuschätzen. Die Federführung außerhalb der DDR wurde deutlich. Denn, viele Werktätige aus der Produktion wussten, dass es gerade die Mitarbeiter des Ministerium für Staatssicherheit der DDR waren, die von Anfang an mit der Produktion eng verbunden und durch deren Einsatz Schaden in vielen Bereichen verhindert wurde und somit in der Produktion Produktionserfolge erreicht werden konnten. Deshalb waren auch die Mitarbeiter in den Kreis- und Objektdienststellen verwundert, wieso eigentlich ihre Tätigkeit für und in der Produktion einfach ignoriert wurde.

Was waren die Fakten:

Besonders die Objektdienststellen aber auch die Kreisdienststellen, die in ihrem Verantwortungsbereich wichtige ökonomische Objekte abzusichern hatten, haben viel für eine Durchsetzung von Sicherheitsparameter getan. Es ging vor allem um Anlagensicherheit, um die Durchsetzung einer hohen Sicherheit gegen Havarien, Brände und andere Störungen. Gemeinsam mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, wie der Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr oder auch der Arbeiter - und Bauerninspektionen wurden Komplexuntersuchungen in gefährdeten Bereichen durchgeführt und die Ergebnisse den zuständigen Stellen übergeben, wobei aus ihrer Kenntnis der Lage vor Ort gleichzeitig Vorschläge für eine positive Veränderung der Situation gemacht wurden. Viele IM wurden beauftragt in der Volkswirtschaft die Stellen und die Sachverhalte festzustellen, die ein Produktionshemmnis darstellen. Oft wurden mit Hilfe der IM selbst Veränderungen herbeigeführt.

Die Sicherung der Volkswirtschaft in der geschilderten Hinsicht war nicht nur eine Aufgabe für die in den Dienststeinheiten zuständigen spezifischen Mitarbeitern, sondern wurde in den letzten 20 Jahren eine grundsätzliche Aufgabe für alle Mitarbeiter, die auch zu einem erheblichen Teil zu Erfolgen führte. Insofern brauchte die "Stasi", also die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit nicht erst die plakative Aufforderung, sondern sie waren schon lange in der Volkswirtschaft.

Aber das war noch lange nicht alles.

Als in den 50er bis Anfang der 60er Jahre die Bevölkerung mit Lebensmittel, besonders Getreide, Kartoffeln und Rüben versorgt werden musste und völlig ungenügend Maschinen und Geräte zur Pflege der Kulturen und zur Einbringung der Ernte zur Verfügung standen, da war ebenfalls die "Stasi" in der Produktion., in der Volkswirtschaft. Diesmal eben in der Landwirtschaft. Über Monate wurden besonders an Wochenenden alle verfügbaren Kräfte der Kreis- und Objektdienststellen, verstärkt durch Mitarbeiter aus den Bezirksverwaltungen und dem MfS aus Berlin, eingesetzt. Durch deren tatkräftige Hilfe wurde die Ernte geborgen und die Bevölkerung mit

wichtigen Lebensmitteln wie Brot und Kartoffeln versorgt. Erst Mitte der 60er Jahre, als die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) mit ausreichend Technik für die landwirtschaftliche Produktion versorgt waren, hörten die Bitten der Bauern um Unterstützung auf. Diese Einsätze erfolgten für die Landwirtschaft natürlich kostenlos. Nicht ein Mitarbeiter hat dafür ein Entgelt bekommen.

Viele Mitarbeiter des MfS waren auch in späteren Jahren in der Produktion der Volkswirtschaft tätig. Die DDR war in ihrer Energiepolitik stets auf den Grundstoff Braunkohle angewiesen.

Von Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre wurde der Abbau im Winter oft durch extreme Witterung negativ beeinflusst. Es bestand die reale Gefahr, dass die Fördermengen nicht genügten, um den im Winter ansteigenden Energiebedarf zu decken. Das betraf vor allem den unmittelbaren Abbau der gefrorenen Kohle also auch den Transport zu den Kraftwerken, weil die Kohlewaggons einfroren und nur unter schwierigen Arbeitsbedingungen entladen werden konnten. Aus allen Teilen der DDR kamen Mitarbeiter des MfS um in den Tagebauen, besonders in den Bezirken Cottbus, Halle und Leipzig dafür zu sorgen, dass der Strom nicht abgeschaltet werden musste. Fast bis zu 10 000 Mitarbeiter des MfS haben so oft monatelang unter komplizierten Verhältnissen gearbeitet und gelebt. Ohne Rücksicht auf ihre Familien und persönlichen Freizeitvorstellungen, ohne Rücksicht darauf, dass ein großer Teil der eingesetzten Mitarbeiter unter solchen Verhältnissen zu arbeiten keine Erfahrungen hatten, wurden hohe und höchste Leistungen vollbracht. Das geschah auch an Wochenenden und zu den Feiertagen, wenn die Stammebelegschaft der Braunkohlenbetriebe zu Hause bei ihren Familien waren und planmäßig ihre Schicht begannen und beendeten. Auch das erfolgte ohne Bezahlung der eingesetzten Mitarbeiter. Sie haben ihre Pflicht erfüllt ohne zu fragen, was sie dafür bekommen. Sie wollten helfen, dass die Bevölkerung der DDR über dessen wichtigsten Energieträger verfügen konnte. Die Mitarbeiter erhielten von den Kombiatsleitungen der Braunkohlenbetriebe hohes Lob. Sie sprachen ihnen Dank und Anerkennung aus.

Mitte der 80er Jahre beschloss die Volkskammer der DDR eine große Amnestie. Viele Strafgefangene wurden entlassen, sie erhielten Arbeit und Wohnungen. Auch hier haben die Kreis- und Objektdienststellen gemeinsam mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organen und Einrichtungen dafür gesorgt, dass die Entlassenen

wieder in das normale Leben integriert werden konnten. Viele der zigtausend Strafgefangenen hatten in der Produktion gearbeitet und Ersatzteile bzw. Zubehörteile für Geräte und Anlagen produziert. Durch die massenhafte Entlassung konnten eine Reihe für die Volkswirtschaft notwendiger Produktionslinien nicht mehr den Bedarf decken. Hier wurde an die Mitarbeiter des MfS wiederum die Bitte um Unterstützung gestellt. Tausende Mitarbeiter haben diese Tätigkeiten unter Bedingungen, unter denen die Strafgefangenen arbeiteten, wieder in Gang gebracht. Sie wohnten und schliefen in den Zellen, wo sonst die Strafgefangene untergebracht waren und erhielten für ihre Tätigkeit auch keinen zusätzlichen Lohn. Wenn die Losung auf den Plakaten lautete " Stasi in die Produktion", dann muss man nach der Legende von Hase und Igel antworten " wir waren schon da".

Zu den Berufserfahrungen der Mitarbeiter des MfS gehörten eine Reihe der verschiedensten Berufe. Viele haben in ihrer Qualifikation im Auftrag des MfS einen zweiten Berufsabschluss gemacht. So waren in den Dienststeinheiten eine Reihe Berufe vorhanden, die auch in der Volkswirtschaft gebraucht wurden. Auf Bitten verschiedener Ministerien und Volkseigener Kombinate und Betriebe wurden für einen längeren oder kürzeren Zeitraum solche Mitarbeiter zur Verstärkung und Hilfe in die Produktion delegiert. Das wussten auch die Werk tätigen, mit denen sie in der Produktion zusammen arbeiteten. So waren Spezialisten des MfS in Kombinat en des Bergbaues und der Chemie tätig, haben ihre Aufgaben erfüllt und bekamen großen Dank für ihre geleistete Arbeit.

Die "Stasi" war also schon wieder in der Produktion.

Wie war die Situation nach Auflösung der Dienststeinheiten des MfS Anfang des Jahres 1990?

Was war als die Mitarbeiter des MfS wegen Auflösung ihrer Dienststellen Arbeit in die Produktion suchten. In einigen Fällen wurden sie tatsächlich als Produktionsarbeiter in den volkseigenen Betrieben eingestellt und verrichteten dort eine gute Arbeit. Die Ehemaligen Mitarbeiter bewiesen eine gute Arbeitsmoral und waren bald anerkannt. Eine größere Gruppe erhielt keine Arbeit, weil inszeniert durch bestimmte Personen, eine infame Hetze und Verleumdung gegen das MfS betrieben wurde.

Heute wird immer deutlicher, was Peter – Michael Distel, der letzte Innenminister der DDR zur Arbeit des MfS im April 2001 erklärte: „ Man brauchte die Staatssicherheit, um den Osten beherrschbar zu machen.“

Interessant auch seine Antwort auf die Frage:“ Warum dauern Stasi – Jagd und DDR-Kriminalisierung nun schon über zehn Jahre? Weil daran viele gut dotierte Jobs hängen? Warum lässt die Intensität dieser Kampagnen..... nicht nach ?

Distel antwortet:

„Es lässt nicht nach, sondern wird immer absurder.

Wenn man die Behauptungen der Medien und die einiger Politiker zusammen nimmt, hier wurde ja nur ein winzig kleiner Ausschnitt wieder gegeben, so wartete man gespannt auf die vielen Strafprozesse gegen ehemalige MfS – Mitarbeiter, die sich ja massenweise und ständig gegen Recht und Gesetze vergangen haben sollen.

Strafprozesse jedoch fanden nur wenige statt und auch dort ist das Bestreben deutlich gewesen aus einem vagen, durch irgendjemand geäußerten Verdacht, einen kriminellen „Stasi – Täter“ zu machen“.

Wenn Peter – Michael Distel und Prof. Azola richtig verstanden werden, dann waren die MfS – Leute nach 1989 die Juden nach 1933 (Rentenunrecht, Ausgrenzung, Verleumdung).

Seit dem 3. Oktober 1990 wurde allen ehemaligen DDR – Bürgern die Staatsbürgerschaft der BRD überstülpt. Die ehemaligen Angehörigen des MfS sind demnach auch Bürger der BRD geworden. Was ist aber mit den Straffrenten, die in einem erheblichen Umfang wirken, mit den Ablösen von Arbeitsstellen, bekanntlich durften ehemalige MfS – Angehörige nicht einmal die Strasse kehren.

Wie ist es mit dem Rechtsstaat BRD bestellt:

Art. 1 des Grundgesetzes der BRD lautet:

„ Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Oder im Absatz 3 des Artikels 3 steht:

„ Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Wie sieht es dabei um die ehemaligen Angehörigen des MfS aus?

Wie sagt die real denkende Bevölkerung „ Ihr habt Pech gehabt, sie haben welche gebraucht, denen sie die Schuld in die Schuhe schieben können, das seid ihr und nicht wir.“

Dr. H. Schmidt

Generalmajor a.D. des MfS